

Wo steht die Solidarwirtschaft heute in Luxemburg ?

Es ist still geworden um den Begriff « Solidarwirtschaft ». Man hört nicht mehr viel über Projekte die sich dieses Konzept zu eigen machen und noch weniger wurde eine politische Diskussion zu diesem Thema weitergeführt.

Das Ressort « Solidarwirtschaft » unterstand in der vergangenen Legislaturperiode dem Wirtschaftsministerium und wurde jetzt in der neuen Regierung dem Arbeits- und Beschäftigungsministerium zugeordnet und heißt von nun an « Sozial- und Solidarwirtschaft ». Von einem dritten ökonomischen Pfeiler, nebst dem öffentlichen und dem privaten Sektor geht keine Rede mehr. Somit geht die eigentliche politische Dimension der Solidarwirtschaft verloren.

Diese Dimension wurde durch das Gesetz von 2009 betreffend den « Rétablissement du Plein Emploi » eher berücksichtigt indem festgehalten wurde dass staatliche Gelder bereitgestellt werden für, einerseits die « Initiatives sociales pour l'emploi », welche Projekte zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen betreiben und andererseits für die sogenannten solidarwirtschaftlichen Betriebe welche sozio-ökonomische Aktivitäten anbieten die der Allgemeinheit dienen.

Durch die Unterstützung dieser, für die Gesellschaft wichtigen Dienste, hatte der Staat mit diesem Gesetz die Aufgabe übernommen sich mit den beiden Konzepten um das Allgemeinwohl seiner Bürger zu kümmern. Dies soll nun geändert werden und es sollen nur noch die Wiedereingliederungsinitiativen vom Staat bezuschusst werden. Die sozio-ökonomischen Akteure sollen sich auf dem freien Markt, wie ein profitorientiertes Privatunternehmen behaupten.

Damit will man das duale System, öffentlicher- und privater Sektor, festigen und die Einführung eines dritten Sektors wird ausgeschlossen obwohl dies im Wahlprogramm der Sozialisten sowie in der Regierungserklärung von 2009 ausdrücklich befürwortet wurde.

Damit aber nicht der Eindruck entsteht Sozial- und Solidarwirtschaft würden in Luxemburg nicht mehr existieren, lässt man eine Studie vom STATEC mit dem Titel « Einschätzen der Sozial- und Solidarwirtschaft in Luxemburg » anfertigen, um zu beweisen, dass es diesen Bereich sehr wohl in Luxemburg gibt. International « anerkannte » Kriterien (die OECD lässt grüßen) werden hierzu herangezogen. Bestandsaufnahmen von verschiedenen europäischen Ländern werden angeführt und versucht auf Luxemburger Verhältnisse anzupassen. Das Resultat ist ansehnlich und die Hauptaussagen lassen aufhorchen. In Luxemburg liegt somit der Anteil der Beschäftigten im Bereich der Sozial- und Solidarwirtschaft um die sieben Prozent und das sind immerhin an die 25 000 Menschen.

Wie kommt man an solche Zahlen ? Das ist keine Zauberei, sondern beruht auf der Definition des Perimeters der Sozial- und Solidarwirtschaft, das heißt, welche ökonomischen Aktivitäten oder welche Betriebe rechnet man dazu und welche nicht. Entschließt man sich zu einer Ansicht die besagt, dass Anbieter im Sozial- und Gesundheitsbereich, im Bereich der Kinderversorgung, Altenpflege, profitorientierte Privatunternehmen, usw. dazu gehören, so wird diese Zahl absolut verständlich. Nur wissen, oder wussten diese « Unternehmer », dass sie in diesem Bereich der Statistik aufgeführt werden und sind sie, oder wollen sie, die damit einhergehenden Konzepte (oder unverbindlichen Verpflichtungen) der Solidarwirtschaft mittragen ?

Am Ende der Studie wird angemahnt, dass in Zukunft auch eine politische Debatte zu diesem Thema stattfinden muss. Doch es wird vermieden diese Dimension anzugehen und man kann feststellen dass die zum Schluss zitierten Referenzautoren für eine bestimmte Sicht und der Regierung genehme Auslegung der Konzepte, in der Wissenschaft stehen.

Jean-Louis Laville zum Beispiel, hat eine andere Sicht der Dinge und diese wäre sehr interessant für die Definition der Ziele der Studie gewesen. Einer der weltweit bedeutendsten Wissenschaftler im Bereich der Solidarwirtschaft hielt im Herbst 2012 eine Konferenz in Luxemburg ab. Er referierte über die nahe Zukunft der Solidarwirtschaft in Europa und der Welt.

Laville beschrieb drei Szenarien, die sehr schnell in den nächsten Jahren eintreten könnten. Er befürchtet dass die Entwicklung dorthin gehen wird dass :

Erstens, der Staat sich den Teil der Solidarwirtschaft aneignen wird, welcher die Anbieter im Bereich der Wiedereingliederung von Arbeitslosen betrifft, um so eine bessere Kontrolle über diese Menschen zu haben und die Kosten besser steuern zu können.

Zweitens, die Privatwirtschaft die neuen « Märkte », die auf Basis der gemeinnützigen Projekte der Solidarwirtschaft entstanden sind, für sich beanspruchen und übernehmen wird. Dies findet bereits statt und wird unter dem Begriff « social business » vorangetrieben.

Drittens, die originäre basisdemokratische Form der alternativen Wirtschaftsgestaltung, wie sie seit den 90ziger Jahren unter der Bezeichnung Solidarwirtschaft experimentiert und praktiziert wurde, riskiert ausgebootet und ausgelöscht zu werden.

Ein dritter Sektor passt eben nicht in das ausgestaltete neoliberale Zusammenspiel des öffentlichen- und privaten Sektors. Dies wird umso deutlicher wenn man das trojanische Pferd des « Private Public Partnership Konzeptes » näher betrachtet. Dieses Konzept verhindert alle legitimen und demokratischen Ambitionen der Bürger durch vorher abgekartete Prozesse im Dualsystem. Es verhindert genauso die Ambitionen einer bürgerinitiierten Solidarwirtschaft und damit auch die Schaffung eines dritten Wirtschaftspfeilers.

Die angesagte Umsetzung des Konzeptes der sozialen Selektivität wird diese Entwicklung noch weiterführen und verstärken und den neoliberalen Druck auf die Menschen in den nächsten Jahren weiter verstärken. Die Schere zwischen Arm und Reich wird somit noch weiter geöffnet werden.

Nachhaltigkeit baut auf Solidarität.

In seinem bemerkenswerten Artikel « The great sustainable challenge »*1 (die grosse Herausforderung der Nachhaltigkeit) geht Isidor Wallimann* 2 der Frage nach : Wie kann man Nachhaltigkeit als das Mittel der weltweiten, integrativen Zukunftsplanung noch effektiver gestalten und einrichten.

Er geht dabei davon aus dass es in erster Linie die politischen Entscheidungsträger sind die Verantwortung für ein solches Projekt übernehmen müssen. Wissend auch, dass die Zivilgesellschaft in ihrer Bewegung zu mehr Nachhaltigkeit auf Voraussetzungen treffen muss die ihr erlauben können ihr Handeln zu ändern ohne dass Besitzstände zu einem qualitativ weniger attraktiven Leben- und Zusammenleben aufgegeben werden müssen. Dass im Gegenteil ein Mehr an Lebensqualität als Erwartung an eine solche neue Herangehensweise gegeben sein muss.

« Jedwede Produktion beruht auf dem Gebrauch von natürlichen Ressourcen welche in Produkte umgewandelt werden die von Menschen gebraucht oder aber gewollt werden ». Diese einfache und solide Feststellung dient Isidor Wallimann dazu seine Reflexionen, im Kontext einer Ursachenforschung festzumachen. In diesem Sinne beruft er sich auf die Kriterien des Lokalen sowie der Gemeinwohlökonomie und den daraus resultierenden Konzepten wie « Recycling », « Degrowth », « Human Development Index » oder des Prinzips des « Polluter pays ».

Also wären, erstens, diese Kriterien in einer zukunftsorientierten und vor allem globalen Politik zur Anwendung zu bringen und für Wallimann entscheidend um zu einer grundsätzlichen Politik der Nachhaltigkeit zu gelangen welche den Menschen eine bessere und gerechtere Welt beschere kann. Entscheidend für diese Ambition wäre aber auch dass man Umweltpolitik und Sozialpolitik nicht mehr als getrennte Politikfelder behandeln sollte, sondern dass ein neues Paradigma geschaffen werden muss in dem diese beiden Politikfelder ineinander verschmelzen. Dies würde dann den idealen Rahmen für ein neues, inklusives Politikfeld der Nachhaltigkeit darstellen welches getrennte Interessen nicht gegeneinander ausspielen würde, sondern, welches einen « Fortschritt im Einklang » von sozialen- und Umweltverbesserungen erlauben würde.

Den zweiten Schwerpunkt legt der Autor auf die ungleiche Beteiligung der Weltbevölkerung an der Produktion von Gütern und Leistungen und die noch verzerrtere Lage in Bezug auf den Energieverbrauch der hierfür in den verschiedenen Weltbevölkerungen benötigt wird.

Grosso modo stellt Wallimann fest, dass zwei Siebtel der Erdbevölkerung in den industrialisierten und aufstrebenden Ländern einen enorm hohen und nicht nachhaltigen Energieverbrauch haben. Die anderen 5 Milliarden Menschen hingegen liegen weit unter dieser Verbrauchsnorm. Bei einem gleichzeitigen Abbau des Energieverbrauchs in den hochentwickelten Ländern, könnten so die sogenannten Entwicklungsländer einen höheren Energieverbrauch für sich beanspruchen. Dies würde ihnen erlauben ihre Produktivitätskapazität zu steigern und so einen planetaren Beitrag, zum Beispiel, in Form von fair gehandelten natürlichen Ressourcen oder Agroprodukten zu leisten. Damit würden sie aber gleichsam dazu in die Lage versetzt werden ihre soziale Situation in ihren jeweiligen Ländern zu verbessern und die Minorität der Weltbevölkerung nötigen ihre Sozialpolitik an den neuen, daraus erwachsenden Werten und Normen auszugestalten. Dies würde dann auch dazu beitragen können der Strategie des weltweiten Sozialdumpings Einhalt zu gebieten. Wesentlich für die Akzeptanz dieser These des Autors ist die Einsicht dass wir in unseren hochindustrialisierten Ländern in « wants-based » ökonomischen Systemen leben während die der anderen fünf Siebtel, als « needs-based » angesehen werden müssen. Dieser Umstand ist somit von kapitaler Bedeutung denn er steuert das jeweilige Verhalten der Menschen in Bezug auf Produktion und Konsum.

Diese Überlegungen könnten auch in Luxemburg dazu dienen um ein tiefergehendes Verständnis für nationale Bestrebungen hin zu mehr Nachhaltigkeit zu entwickeln und dies speziell auf dem Hintergrund einer sich noch zu behauptenden Idee und einem zu akzeptierenden konkreten Beitrag der Solidarwirtschaft. Die Solidarwirtschaft ist ein konkretes Instrument um dazu beizutragen Nachhaltigkeit weltweit als erstrebenswertes Modell für unsere Gesellschaft umzusetzen. Wenn man wie Wallimann, Nachhaltigkeit als gesellschaftliches, also auch als soziales Muster in Interaktion mit der Natur sieht um den Menschen die Möglichkeiten einer zukunftsfähigen Lebensperspektive zu eröffnen, dann gehört sicherlich ebenso die Art und

Weise wie wir wirtschaften zu diesem neuen Paradigma der politischen und demokratischen Zukunftsgestaltung dazu.

Übrigens waren solche ähnlichen Konzepte Gegenstand von populären Überlegungen welche ausführlich im Sinne des « Drei-Säulen-Modells » (Ökonomie, Ökologie und Soziales) in den neunziger Jahren diskutiert wurden und fanden im Jahre 1992 Eingang in die Agenda 21 der Vereinten Nationen, sowie 1997 in den Vertrag von Amsterdam der Europäischen Union. Diese wichtigen Ansätze zur Gestaltung einer verbesserten Zukunftsperspektive scheinen aber vergessen worden zu sein wenn man die aktuelle Politik auf dem Hintergrund der verschiedenen und vornehmlich seit 2000 stattgefundenen Wirtschaftsblasen und den daraus resultierenden Krisen analysiert.

Nichtsdestotrotz war 2009 und die Jahre davor, in Luxemburg eine gewisse Aufbruchstimmung zu spüren als man auf der Basis des oben angeführten Drei-Säulen-Modells ein zweites zu setzen gedachte. Das Modell einer Wirtschaft die auf der Basis der drei Säulen : Privat- Staats- und Solidarwirtschaft, agieren sollte. Es war dies an sich schon ein neues Paradigma, hätte aber auch das vorher angesprochene Paradigma vervollständigt und so zu einem der konkreten Ansätze für dessen Realisierung führen können. Diese luxemburgische « Drei-Säulen-Wirtschaftsordnung » hätte ein Sockel zur Umsetzung eines Gesamtkonzeptes der Nachhaltigkeit sein können. Sie wurde aber nicht umgesetzt weil die Mainstreampolitik weltweit und auf europäischer Ebene den anfänglichen dreigestützten Nachhaltigkeitsgedanken verworfen hatte um sich wieder exklusiv auf sogenannte ökonomische Lösungen zu beschränken. Der ökologische Gedanke wurde sofort verökonomisiert (Green economy ; green-jobs) und der soziale Aspekt wurde dem Abbau von erkämpften Menschenrechten und Arbeitsrechten preisgegeben. In diesem Sinne wurden auch die sozialen Errungenschaften sowie die ganze Sozialpolitik schleichend verökonomisiert. Ein dritter Wirtschaftspfeiler hätte es Luxemburg erlaubt einen neuen Raum zu schaffen in dem es möglich war neue produktive Aktivitäten die dem Gemeinwohl dienen weiterzuentwickeln. Damit wäre besonders die Teilhabe der « Menschen ohne Arbeit » gewährleistet worden und ein Teil der Bevölkerung wäre nicht bloss als « Kostenfaktor » in einem ökonomisch wahnsinnigen Verechnungssystem abgefertigt worden.

Wie am vorigen Beispiel in Bezug auf die Weltbevölkerung wird in gewisser Weise auch hier in unseren hochentwickelten Gesellschaften die Teilhabe verhindert und der Verbrauch an maximaler Energie steht dann wiederum jenen Kräften zu welche im System als Gewinner zu definieren wären. Wie beim Vorschlag von Wallimann betreffend die Verschiebung des Verbrauchs von Energie in der Weltbevölkerung wäre dieselbe Reflexion auf die Luxemburger Verhältnisse anzuwenden. Es würde bedeuten dass eine besser organisierte « Teilhabe » aller Bürger an nachhaltiger Produktion durch die Solidarwirtschaft ermöglicht werden würde. Diese Überlegung bedeutet auch dass ein gerechterer « Verbrauch an Energie » erreicht werden kann. Energie würde so als ursprüngliche Kraft, wie aber auch als Mittel zur Umsetzung, dazu führen, dass das Ziel einer gerechteren Gesellschaft zu erreichen wäre.

Konkret würde es darum gehen durch eine bessere Bestimmung und Verteilung der Energie und der Mittel der Gruppe von Menschen, also vornehmlich arbeitslosen Menschen, in Luxemburg welche am wenigsten « Energie » verbrauchen dazu zu befähigen ihren Produktivitätsbeitrag zu steigern. Ein echter und bedeutender Beitrag wäre ein solcher der dem Allgemeinwohl dienliche Leistungen erbringen würde. Dies ist keine unvorstellbare Utopie, wenn man den Begriff « Solidarität » als Bürger Ernst zu nehmen gedenkt.

Der hier beschriebene Ansatz, basierend auf der Idee eines dritten Wirtschaftspfeilers hat in Luxemburg eine gewisse Realität erfahren. Er war in seinem Werden besonders auf die Zusammenarbeit oder Partnerschaft des öffentlichen Sektors mit dem privaten Sektor aufgebaut. Nur war es der Teil des privaten Sektors der ohne Gewinnzweck arbeitet, wie der Öffentliche auch.

*1 The great sustainability challenge ; Revolve Magazine march 2014

*2 Isidor Wallimann Ph.D. visiting research professor ; Maxwell School of Syracuse University New York

**Solidarisches Wirtschaften :
Die neoliberale Einverleibung oder der Weg der « Rome Strategy ».**

Solidarität kann stattfinden wenn Gleiche, Gleichen helfen und die Mittel die dazu von allen Seiten beigetragen werden, in dem Sinne ausgewogen und nötig sind, wie sie zur Realisierung gemeinsamer Ziele gebraucht werden.

Falsche Solidarität entsteht wenn das Einsetzen von Mitteln einseitig geleistet wird und das Resultat einem Zweck dient der vorrangig den Interessen des Gebers zugute kommt. Philantropie ist demnach eine zynische Weltverbesserungsstrategie die in unseren kapitalistischen und neoliberalen Systemen ungemein und pervers an Fahrt gewonnen hat, meist den Besitzenden zugute kommt, und vornehmlich dazu dienen kann skandalöse Summen im Elend der Besitzlosen weisszuwaschen. (Siehe auch den Artikel von Jeanna Smialek, « Reichtum der Reichsten wird unterschätzt » im Tageblatt vom 11 August 2014)

Seit einiger Zeit ist hierzulande die militante Pionierarbeit im Bereich des solidarischen Handelns und Wirtschaftens als unbrauchbar für die weitere ökonomische Entwicklung erklärt worden und die Luxemburger Solidarwirtschaft nähert sich immer grundsätzlicher den oben genannten gefährlichen neoliberalen Mainstream-Konzepten. Wir sollten auf der Hut sein. LuxLeaks sollte auch hier eine Warnung sein. Dieses anzuwendende Schema und die hierzu zu applizierende Philosophie einer zu einseitigen Verwaltung der Sozial- und Solidarwirtschaft (ESS) würden unseren Ruf als Steuerparadies in Zukunft nur noch verstärken.

In Frankreich erleben wir eine ähnliche Entwicklung im Bereich der Lehre und Forschung. Der « Réseau Interuniversitaire de l'Economie Sociale et Solidaire » (RIUESS) hat sich am 2 Dezember 2014 im Le Monde (http://abonnes.lemonde.fr/argent/article/2014/12/02/nous-n-avons-pas-attendu-le-gouvernement-pour-enseigner-l-economie-sociale-et-solidaire_4533066_1657007.html) mit einem von namhaften Wissenschaftlern unterzeichneten Artikel darüber beschwert dass in Frankreich den Universitäten, welche Pionierarbeit im Bereich der Sozial- und Solidarwirtschaft geleistet haben, die Anerkennung ihrer über Jahrzehnte lang geleisteten Arbeit aberkannt wird. Stein des Anstosses war dass die französische Staatssekretärin für Sozial- und Solidarwirtschaft, Carole Delga, sich folgendermassen zu diesem Thema in einer Rubrik am 4 November 2014 im Le Monde geäussert hatte: « Parallèlement, nous travaillons déjà en collaboration avec les grandes écoles ; mais la culture de l'ESS doit maintenant se diffuser dans les universités ».

Die Entrüstung der Unterzeichner war um so berechtigter als dass François Hollande als französischer Staatspräsident mit einem 10 Punkteplan zur Umsetzung der Ess angetreten war der auf den Grundwerten und der Pionierarbeit der Protagonisten (also auch der Universitäten) basierte und von Benoit Hamon in diesem Sinne umgesetzt werden sollte. Beide, der 10 Punkteplan und Benoit Hamon, sind nun Schnee von gestern.

Heute wird demnach in Frankreich den « Grandes Ecoles » die Kompetenz für diesen Bereich zugeschrieben und man wird somit genüsslich die Strategie, des dem neoliberalen Gedankengut nahestehenden Konzeptes des « Entrepreneuriat social (Social Business) », als neues Wertegebilde der ESS propagieren können.

Nimmt man nun zur Kenntnis dass die Luxemburger Universität sich des Themas der Sozial- und Solidarwirtschaft ebenfalls seit ein paar Jahren angenommen hat und dabei das Social Business als das alleinseligmachende Konzept ausgemacht hat, dann liegt das an der vorwiegend elitären, patronats- und kapitalfreundlichen Ausrichtung dieser Institution, dies in Anlehnung an die französischen Grandes Ecoles.

Aber, das was heute in Frankreich passiert, hat Luxemburg schon hinter sich. Und dies nicht nur im Bereich der Lehre und Ausbildung. Die dafür zuständigen politischen Verantwortlichen haben während zwei Legislaturperioden ganze Arbeit geleistet indem sie viel Pionierporzellan zertrampelt haben und nicht dagegen gefeit sind den Kurs einer Verfütterung der Sozial- und Solidarwirtschaft an die dominierenden neoliberalen Kräfte weiterzuführen.

Zur Erinnerung : 2009 stand im Koalitionsprogramm und in der Regierungserklärung dass eine gesetzliche Basis für die ESS geschaffen werden sollte. Diese Basis sollte vornehmlich die von sozio-ökonomischen Pionieren in diesem Bereich erarbeiteten Konzepte berücksichtigen, welche neoliberales Gedankengut sowie

eine nur auf finanzielle Aspekte aufgebaute Verwaltungsweise ausschlossen. Heute ? Schnee von gestern ! Von 2009 bis 2011 wurden in Versammlungen, Workshops und Verhandlungen die « Pioniere » dann, langsam aber sicher, in die Minorität versetzt indem, unter dem Vorwand der Partnerschaft und Pluralität, den neoliberalen Kräften die Überhand zugestanden wurde und somit dem Social Business der Weg zum alleinigen zu verfolgenden Ziel geebnet wurde.

Als neues Instrument um diese mögliche neoliberale Dominanz im Bereich der ESS zu legitimieren wurde dann im Juli 2013 die Union Luxembourgeoise de l'Economie Sociale et Solidaire (ULESS) ins Leben gerufen.

Mit der EU-Präsidentschaft Italiens wurde die Social Economy nun auch wieder auf die Europäische politische Agenda gesetzt. In Rom fand am 17 und 18 November, mit Luxemburger Beteiligung, die Konferenz « Unlocking the potential of the social economy for EU growth » statt (<http://www.socialeconomyrome.it>). Das Resultat dieser Arbeiten wird als : « The Rome Strategy » propagiert, beinhaltet aber keine neuen Elemente in Bezug auf das Einbinden der ESS in die Europäische Politik.

Was hier im November 2014 als wichtige und teils innovative « neue » Vorstellungen und Forderungen dargestellt wurde, war schon vor dreissig Jahren zu Zeiten der Präsidenten Delors und Santer aktuell und wurde damals von den Pionieren der ESS als unerlässliche Prinzipien zur Realisierung einer gerechteren Wirtschaft und Gesellschaft eingefordert. Gehör hat man damals gefunden und viele Europäische Politikbereiche waren, koordiniert, in die Entwicklung solcher Strategien mit eingebunden. Seinen Niederschlag fand dies in unzähligen Europäischen transnationalen Projekten welche damals realisiert wurden und sehr oft lokale Protagonisten aus allen Europäischen Ländern eine Zusammenarbeit ermöglichte die dem Gedanken der ESS Auftrieb gab.

Als dann neoliberales Gedankengut auch auf Europäischer Ebene die Überhand bekam wurde es sehr schnell still um diesen Weg, der den Menschen in den Mittelpunkt allen Wirtschaftens stellen wollte. Die Europäischen Bezuschussungen für solche Projekte wurden so gestaltet dass sie gezielt an neue « Randerscheinungen » wie das Social Business vergeben werden konnten oder wurden solchermassen administrativ aufwendig gestaltet, dass nur wirklich grosse « Unternehmen der ESS » Nutzniesser sein konnten. Diese waren dann auch in der Lage, im Gegensatz zu innovativen, kleineren Projekten, eine von nun an eingeforderte Vorfinanzierung leisten zu können.

« Back to the roots » scheint es nun für die politisch Verantwortlichen, auf Europäischer wie auf Nationaler Ebene, zu heissen wenn man sich die Vorstellungen und Forderungen der « Rome Strategy » ansieht. Da sollte man aber hellhörig werden und die Frage stellen dürfen ob es ernsthaft darum gehen soll alte Werteschemen wieder salonfähig zu machen und eine wirklich menschen-freundliche und -dienliche Politik zu verfolgen oder aber ob, vor dem Hintergrund der extremen sozialen Spannungen, alle diese Ansätze nur reine Augenwischerei sein werden ?

Für Luxemburg heisst das, erstens dass, um der Entschlossenheit der Teilnehmer gerecht zu werden, unter anderem der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dazu aufgefordert werden soll « sein » Investitionspaket so zu gestalten dass nicht nur Infrastrukturprojekte finanziert werden können, sondern dass auch soziale Investitionen möglich sind und diese dann auch der ESS zugute kommen sollen.

Zweitens, dass im Rahmen der EU-Präsidentschaft Luxemburgs 2015, der angekündigten Projektion, die ESS zu einem prioritären Thema zu machen, auch der Tatsache Rechnung getragen werden muss, dass in Rom die Arbeitslosigkeit als zentrales Hindernis für die soziale Kohesion ausgemacht wurde die mit der ESS zu bekämpfen wäre. Dass man sich hierzulande an verantwortlicher Stelle dieser Feststellung bewusst sein sollte, wissend dass die Arbeitslosigkeit seit 2009 um rund 70% gestiegen ist und dies als eine eher katastrophale Bilanz anzusehen ist.